

Vorwort

Mit dem vorliegenden Buch präsentiert die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung die Ergebnisse ihrer Arbeit aus den Jahren 2000 bis 2003. Berufen wurde die Bildungskommission aus der Einsicht heraus, dass die Diskrepanz zwischen Reformbedarf und Status quo im deutschen Bildungssystem besonders auffällig ist und sogar zum resignierten *Common Sense* gehört. So hatte die Delphi-Studie 1996/98 bei den Befragten eine hohe Übereinstimmung darin zu Tage gebracht, dass für die Bildungseinrichtungen in Deutschland im 21. Jahrhundert erhebliche Veränderungen als notwendig erachtet werden, gleichzeitig aber eine hohe Übereinstimmung in der Skepsis, dass sich diese Veränderungen auch tatsächlich rechtzeitig und im angemessenen Umfang umsetzen lassen. Viel zu lange hatte sich die Bildungsdiskussion in ideologischen Grabenkämpfen, Glaubensbekenntnissen und gegenseitigen Vorwürfen festgefahren. In dieser Situation sollte die Berufung der Bildungskommission Bewegung in die erstarrten Fronten bringen. Sie sollte zum einen ihre Empfehlungen auf ein wissenschaftliches Fundament stützen; gleichzeitig sollte die Kommission durch ihre Zusammensetzung zu offenen Suchprozessen ohne ideologische Scheuklappen und vorgefertigte Antworten fähig sein. Es galt, den resignierten bildungspolitischen *Common Sense* zu überwinden und Diskursfähigkeit über die gewohnten Lager hinaus zu entwickeln. Dass der »PISA-Schock« die bundesdeutsche Öffentlichkeit aufrüttelte und die Politik unter Zugzwang setzte, endlich eine inhaltliche und strukturelle Reform des Bildungssystems anzugehen, kam dieser Absicht entgegen.

Die in diesem Band versammelten Empfehlungen der Kommission sind auf breite Resonanz in der Fachwelt und in der öffentlichen Debatte gestoßen. Es konnten Verbündete für einen neuartigen bildungspolitischen Pragmatismus gewonnen werden, der sich gleichwohl von universellen Werten und lebensweltlichen Geltungsansprüchen leiten lässt. Grundlegend ist das Recht auf Bildung als Anspruch auf Kultivierung der persönlichen Kompetenzen. Im Zentrum stehen dabei die Befähigung zur aktiven Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben sowie an der Erwerbsarbeit. Die Kommission folgt dem Leitgedanken, dass erfolgreiche Lernprozesse an die Erfahrung der Schule als Solidargemeinschaft gebunden sind, die jedes Mitglied als Träger eigener Rechte respektiert. Die vorgeschlagenen Reformen werden vor dem Hintergrund zweier zentraler Herausforderungen für eine zeitgemäße Bildung entwickelt: zum einen die Herausforderung des Übergangs von der Industrie- zur Wissensgesellschaft und den einhergehenden Prozessen der Individualisie-

rung, Verwissenschaftlichung und Kontingenzerfahrung; zum anderen die einer stärkeren zivilgesellschaftlichen Beteiligung an Bildungsinstitutionen und -prozessen.

In den vergangenen vier Jahren hat die Bildungskommission mehr Themen diskutiert und öffentlich debattiert, als die vorliegenden Empfehlungen dokumentieren. Befasst hat sie sich zum Beispiel auch mit dem Themenfeld »Risiko und Wagnis«, wobei ihr besonderes Interesse dem Umgang mit Gentechnologie in Rahmenlehrplänen und Unterricht galt, und mit der Idee eines Systems der Bildungsberatung, das die Autonomie der Schule ergänzen und auf die gesteigerte Verantwortung der Menschen für ihre Bildungsbiografie abgestellt sein sollte. Die Diskussion zu diesen Themen ist noch nicht abgeschlossen. Andere Fragen, wie die nach einer Neukonzeption der Studien- und Hochschulfinanzierung, wurden in anderen Arbeitszusammenhängen der Heinrich-Böll-Stiftung weiter verfolgt, nachdem die Bildungskommission in ihrer ersten Empfehlung die Eckpunkte eines umfassenden Entwurfs für die Bildungsfinanzierung von der vorschulischen Bildung bis zum lebensbegleitenden Lernen vorgelegt hatte.

Die Mitglieder der Bildungskommission haben der Bitte der Heinrich-Böll-Stiftung um Mitarbeit mit großem Engagement und dem Opfer so manchen Wochenendes entsprochen. Ihnen allen dankt die Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Versprechen, den reichen Ertrag der Kommission auch zukünftig in die Debatte über die Reform der schulischen Bildung einzubringen. Besonders dankt die Heinrich-Böll-Stiftung aber Sybille Volkholz, die mit politischer Weitsicht, fachlicher Expertise und großem kommunikativen Geschick die Bildungskommission im besten Sinne des Wortes geleitet hat.

Berlin, im Januar 2004

Ralf Fücks,
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Andreas Poltermann,
Programmkoordinator Bildung, Wissenschaft, Neue Technologien

Einleitung

Die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung hat ihre Empfehlungen zur Reform des Bildungs- und vor allem des Schulwesens in Zusammenhang gesetzt mit der Entwicklung von der Industrie- zur Wissensgesellschaft und mit der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Leitvorstellung sind Individuen, die sich durch Bildung und Wissen zum Handeln befähigen und soziale Verantwortung übernehmen.

Die Entwicklung zur Wissensgesellschaft erhöht die Bedeutung von Bildung für die Teilhabechancen des Einzelnen. Bildung wird nicht mehr auf die Zeit der Jugend beschränkt bleiben können, sondern ein das ganze Leben begleitender Prozess werden. Damit wird Bildung individuellere Ausprägungen erhalten. Konzeptioneller Ausgangspunkt sind damit nicht die Institutionen, sondern die Individualität und die Heterogenität der Lernenden. Für die Lernenden bedeutet dies ein hohes Maß an Verantwortung für die eigene Bildungsbiografie; auf Seiten der Bildungseinrichtungen muss hingegen die Orientierung an den Lernenden und deren Lernprozessen in den Mittelpunkt rücken. Das wird nur mit größeren Gestaltungsräumen gehen, die für die Organisation spezieller Lernarrangements, eigener Curricula und die Gestaltung von Kooperationen mit dem gesellschaftlichen Umfeld genutzt werden können. Schulen brauchen dafür eindeutige Rechte und klare Verantwortlichkeiten.

Mit der Entwicklung und Stabilisierung der Demokratie wächst auch das Selbstbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger. Darin liegt der Schlüssel für individuelle Entfaltung und soziale Kohärenz in einer durch Heterogenität und Kontingenz geprägten Gesellschaft, deren Deutungsprobleme sich immer weniger durch Rückgriffe auf Traditionen beantworten lassen. Nur die sozialen Institutionen bleiben lebendig, die Formen der Beteiligung anbieten, in denen Aufgaben selbst definiert und gestaltet werden können. Die Verantwortlichkeit aller Akteure für ihre Bildungseinrichtungen und die Partizipation an ihrer Gestaltung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Personen sowohl Subjekte als auch Objekte der Bildungseinrichtungen sind und der Zweck der Institution ihre Nutzer als Personen unmittelbar berührt. Die in Deutschland bisher gewohnte starke staatliche Außensteuerung der Bildungseinrichtungen hat zu Passivität und einer unrealistischen Anspruchshaltung der Akteure an jeweils Dritte geführt. Sie ist dem Bildungsprozess der Individuen und der Lebendigkeit der Schule als sozialer Institution abträglich. Die Reformempfehlungen der Bildungskommission versuchen die Spannung zwischen zunehmender Individualisierung und gesellschaftlicher Kohäsion durch Autonomie der Bildungseinrichtungen und deren Verpflichtung auf den menschenrechtlichen Anspruch auf individuelle Entfaltung aller Schülerinnen und Schüler aufzulösen. Schü-

lerinnen und Schüler haben dieses Recht auf individuelle Entfaltung und Förderung unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft. Dazu gehört auch das Recht auf die Definition der eigenen Identität. Die schematische Zuordnung von Schülerinnen und Schülern zu bestimmten Gruppen – auch durch die Schule – schränkt die individuelle Entfaltung ein und führt zu Benachteiligungen. Die PISA-Befunde belegen die weitgehende Unfähigkeit der deutschen Schulen, mit Heterogenität umzugehen und Lernprozesse zu gestalten, die von Schülerinnen und Schülern als sinnvoll erfahren werden.

Zunehmende Individualisierung wird in den Empfehlungen aber gekoppelt an die Verantwortung der Individuen für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Diese Verantwortung kann nur aus der wertkonstitutiven Vorbereitung auf eine im Prinzip unvorhersehbare Zukunft und der Erfahrung der Schule als sozialer Lebenswelt hervorgehen. Unsere Bildungseinrichtungen müssen Orte demokratischer Erziehung und der Erfahrung menschenrechtlicher Werte sein.

Nicht erst der PISA-Schock hat den Reformbedarf des deutschen Bildungssystems in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Gemessen an den Anforderungen an eine Modernisierung ist die tatsächliche Entwicklung aber eher bescheiden. Woran liegt das? Trotz parteipolitischer Differenzen und unterschiedlicher machtpolitischer Strategien weisen die meisten Reformkonzepte mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede auf. Offensichtlich gibt es auf der Ebene bildungspolitischer Beschlüsse und Verlautbarungen relativ übereinstimmende Einsichten. Aber es scheint ungeheuer schwer, diese Einsichten mit dem Selbstbild der Bildungsakteure und der Erfahrung ihrer eigenen Wirksamkeit zu verbinden.

Zwei wesentliche Irläufer bildungspolitischer Diskurse haben dieses Resultat mit verursacht: Die bildungspolitische Debatte in Deutschland hat sich jahrzehntelang darauf beschränkt, Pole zu fixieren. Wir haben einen 30-jährigen Stellungskrieg produziert, indem es mehr darum ging, Positionen zu festigen und Stellungen zu beziehen, als pragmatische Lösungen zu finden.

Die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung tritt für einen Pragmatismus neuer Prägung ein: Sie versucht sich in ihren sechs Empfehlungen von den hergebrachten Polen und scheinbar alleingültigen Reformkonzepten zu lösen. Bildungsreform im Kontext von Individualisierung und zivilgesellschaftlicher Beteiligung setzt dagegen auf Vielfalt und Autonomie – und will gerade dadurch Demokratie als soziale Lebensform erfahrbar machen.

Vielen gelten diese Eckpunkte als neoliberale Auflösung von sozialen Grundkonsensen. Gerade die Ergebnisse der PISA-Studien über die starke Koppelung von sozialer Herkunft und Schulerfolg in Deutschland gebieten es aber, die gewohnten Strategien zur Herstellung von Chancengleichheit zu hinterfragen, weil sie ihr Ziel weit verfehlt haben. Dieser Frage haben sich alle sechs Empfehlungen deshalb durchgehend angenommen. Die Empfehlungen befassen sich im Einzelnen mit den folgenden Themenstellungen:

1. Bildungsfinanzierung in der Wissensgesellschaft

Gemessen am Reformbedarf des Bildungssystems ist das derzeitige System der Bildungsfinanzierung ungerecht, ineffektiv, intransparent, und es hemmt Innovationen.

Die Bildungskommission empfiehlt Bildungskonten von Geburt an, die staatlicherseits durch die Umleitung bisheriger Transferzahlungen unterstützt werden. Zur Stärkung der Lernenden wird ein Teil der institutionellen Kosten als Gutscheine vergeben.

2. Chancengleichheit oder Umgang mit Gleichheit und Differenz

Das falsche Verständnis von Chancengleichheit – alle lernen zur gleichen Zeit das Gleiche – hat zu einem Unterricht geführt, der die Individualität der Lernenden verfehlt. Schulen müssen den Umgang mit der Heterogenität von Kindern und Jugendlichen lernen. Dazu hat die Kommission elf konkrete Vorschläge erarbeitet, die Individualisierung des Unterrichts und der Lernangebote und damit die Förderfähigkeit der Schule stärken sollen – aber gleichzeitig auch die Verantwortung der Schule für ihre Ergebnisse.

3. Autonomie von Schulen in der Wissensgesellschaft

Ziel der Neuorganisation der staatlichen Steuerung der Schulen ist es, dass die Lernenden in möglichst hohem Maße selbstbestimmt lernen können, dadurch die Qualität der Einrichtung und die Leistungsstandards angehoben werden und die Verantwortung für Organisation und Gestaltung bei den Akteuren vor Ort liegt. Die Kommission hat hierfür konkrete Vorschläge neuer Instrumente der Schulaufsicht und der Zusammenarbeit von Lehrpersonen, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern erarbeitet.

4. Professionalität und Ethos

– Plädoyer für eine grundlegende Reform des Lehrberufs

Im Zentrum steht die Abkehr vom Verständnis der Pädagogen als individuelle Fachmenschen und die Hinwendung zum »Akteur im pädagogischen Gesamtkunstwerk Schule«. Die Kooperation der Lehrpersonen untereinander wie auch mit den Eltern gehört zum Berufsverständnis. Für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen soll der sokratische Eid das pädagogische Ethos prägen. Die Schule übernimmt die Verantwortung für die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. Dazu gehören Änderungen des Dienstrechts wie auch eine Präsenzzeit an den Schulen.

5. Von Schlüsselkompetenzen zum Curriculum

Eine wesentliche Kritik an der gegenwärtigen Schule ist, dass sie überwiegend »träges Wissen« vermittelt. Dagegen schlägt die Kommission vor: Das Curriculum muss von den Voraussetzungen des Kompetenzerwerbs von Kindern und Jugendlichen ausgehen, d.h. entwicklungsangemessen und lernbar sein und die individuellen Lernvoraussetzungen berücksichtigen. Das Curriculum muss »zukunftsbeste« Bildung ermöglichen, d.h. gelungensbeständig und sinnvoll sein und schlüssige Antworten

ten auf Fragen der Lernenden nach dem Sinn des Gelernten bieten. Das Curriculum muss eine motivierende, praktische und lebensweltlich befriedigende Organisation des Lernens und Lebens in der Schule zulassen und fördern.

Als Handlungsnotwendigkeit ergibt sich die Entwicklung eines Kerncurriculums, eines notwendigen Pflichtprogramms für alle, das diese Anforderung erfüllt, nämlich die Festlegung von Bildungsstandards, d.h. Niveaustufen, auf denen diese Kompetenzen erreicht sein müssen; und vor allem bedarf es der Festlegung eines Fundamentes, ohne das kein Jugendlicher die Schule verlassen soll. Die Schule muss Rechenschaft darüber abgeben, dass sie Kinder und Jugendliche angemessen fördert.

6. Bildung und Migration

Die Befunde der PISA-Studie weisen auf ein immenses Versäumnis deutscher Bildungspolitik und der Praxis der Schulen hin: Die schulischen Karrieren und der Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bereiten vollkommen unzureichend auf ein Leben in Deutschland vor und gefährden sämtliche Bemühungen um Integration. Das langjährige offizielle Credo der Bundesrepublik, kein Einwanderungsland zu sein, hat eine Mischung aus Konzeptionslosigkeit und Ignoranz auf der einen Seite und einen kaum weniger problematischen wohlmeinenden Kultur-Relativismus auf der anderen Seite befördert. Die grundsätzliche kulturelle Pluralität moderner Gesellschaften wird damit ausgeblendet. Migration wird in deutschen Schulbüchern überwiegend als ein Problem thematisiert. Es gilt aber, Vielfalt zu akzeptieren und kompetenten Umgang mit Heterogenität zu entwickeln, statt mit Hilfe von Defizit- und Kulturkonflikt-Hypothesen scheinbar unlösbare Probleme zu konstruieren. Vorgeschlagen wird die Öffnung der Schulen durch Aufbau von Kooperationsbeziehungen mit außerschulischen, nachbarschaftlichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtungen, aus denen integrative soziale Kontexte entstehen sollen. Diversität und Schulkultur sowie die Sprachentwicklung stehen dabei im Mittelpunkt.

Die Bildungskommission hat mit ihren Empfehlungen gewiss nicht das Gesamtableau des Reformbedarfs für die deutschen Schulen entworfen. Allerdings haben wir einige besonders hervorstechende Schwachstellen benannt und hierzu konkrete Reformvorschläge entwickelt. Sie versuchen alle Ebenen der Gestaltung zu berücksichtigen und richten sich entsprechend an alle Akteure und Zielgruppen, die Beteiligten vor Ort in den Schulen, in den Verwaltungen, in der Wissenschaft und in der Politik. Auf keiner Ebene müssen die Akteure mit ihren Reformschritten auf die anderen warten oder können sich mit Verweis auf die Unbeweglichkeit Dritter von der Notwendigkeit zur aktiven Arbeit an der Reform zurückziehen. Klar ist, dass der Aufbruch zu neuen Ufern auch Risiko oder Misserfolg bedeuten kann. Die Folgen von Untätigkeit und Trägheit wären aber ungleich gravierender.

Berlin, im Januar 2004

Sybille Volkholz